

# Die neue, alte Großmacht

Erstmals treffen sich diese Woche die Führer der Industrienationen zu einem G-8-Gipfel in Russland. Gestärkt durch die Dollar-Milliarden aus dem Öl- und Gasgeschäft, hält der Kreml eine deutliche Botschaft bereit: Der Westen solle endlich akzeptieren, dass Moskau zurück auf der Weltbühne ist.



**S**ankt Petersburg putzt sich, für eine Weltpremiere. Von Samstagmorgen an tagen, im Konstantinpalast am Stadtrand, Staats- und Regierungschefs der führenden kapitalistischen Volkswirtschaften – erstmals unter dem Kommando eines KGB-Veteranen.

Wladimir Putin sollte zufrieden sein. Das pompöse Schloss des Großfürsten Konstantin wurde für 220 Millionen Euro renoviert, in der Nachbarschaft warten 20 neue Luxusvillen samt Sauna und Swimmingpool auf die Prominenz. Der Flughafen der Stadt bleibt drei Tage lang für den Zivilverkehr gesperrt. Die Innenstadt ist von herrenlosen Hunden gesäubert und zusätzlich von Rattenfängern durchkämmt worden. 5000 Obdachlose sind mit Fingerabdrücken registriert und vorgemerkt zur

Verschickung aufs Land. Entlang des Newski Prospekts, der Pracht-Magistrale zwischen Moskauer Bahnhof und dem Winterpalast der Zaren, wurden zusätzlich 80 Kameras montiert.

Es gab bedauerliche Vorfälle zuvor, zwischen Einheimischen und Fremden in Petersburg. Anfang April war ein Senegalese erschossen, im Februar ein Mann aus Mali erstochen worden. Bereits zu Weihnachten kamen ein Student aus Kamerun, kurz davor ein Student aus dem Kongo ums Leben.

Mit Rassismus aber habe all das nichts zu tun, sagt Walentina Matwijkenko, die Oberbürgermeisterin. Von wegen „Hauptstadt des Fremdenhasses“: Es handele sich um untaugliche „Versuche, den G-8-Gipfel zu diskreditieren“ – und damit Putin. Den



Konstantinpalast bei St. Petersburg, Präsident



**Jugendliche Putin-Anhänger vor dem Kreml**  
*„Russland wird immer Großmacht sein“*

Präsidenten, der das Treffen in seiner Geburtsstadt als Bühne nutzen will für eine Leistungsschau Russlands, wie er es sieht – straff geführt, selbstbewusst und wiedererstarkt.

Rhythmisch stimmt Moskaus politische Elite ihre Gäste aus aller Welt im Vorfeld auf die im Land verbreitete Tonart ein: Russland, aus der Asche der Sowjetunion wiedererstanden und inzwischen mit Dollar-Milliarden aus Erdöl- und Gasexporten gepolstert, mag sich Belehrungen und Benachteiligungen im Kreis der ganz Großen nicht mehr gefallen lassen.

In erster Linie, weil das Riesenreich zwischen Ostsee und Pazifik bereits „seit mehreren Jahren in Sachen Wirtschaftswachstum eine Weltmacht darstellt“, wie Wladimir Putin verkündete, kaum war der Nationalfeiertag am 12. Juni vorbei und auf den Straßen das Stakkato der neuen Staatsjugendbewegung „Die Einheimischen“ verklungen: „Russland war, ist und wird immer eine Großmacht sein.“

In Putins Windschatten erlaubte sich daraufhin sogar der sonst bedächtige Wirtschaftsminister German Gref einen vaterländisch intonierten Superlativ. Der wahre Pflichttermin für Entscheidungsträger, das jährliche Weltwirtschaftsforum im Februar, sollte künftig in Russland stattfinden, so Gref, denn: „Was ist schon Davos – ein Dorf in der Schweiz. Sankt Petersburg aber ist die schönste Stadt der Welt.“

Dmitrij Medwedew schließlich, Erster Vize-Premier und Kandidat für die Putin-Nachfolge 2008, bereicherte den Wettstreit um die dickste Lippe im Kreml-Dunstkreis mit einem Beitrag zur Dollar-Krise: „Der derzeitige Zustand der Wirtschaft in den USA – Herkunftsland der weltweit einzigen Reservewährung – stimmt bedenklich.“ Es sei deshalb Russlands „moralisches Recht“, nach neuen Wegen zu suchen. Der Rubel komme als zusätzliche Welt-Reservewährung in Frage; zwei Wo-

DENIS SINJANOV / AFP

chen vor Gipfelbeginn, am 1. Juli, hat ihn der Kreml für „frei konvertierbar“ erklärt.

Sogar eine neue politisch-moralische Leitwährung, einen Gegenentwurf zur dominanten Weltsicht der USA, forderte der Kreml noch kurz vor dem G-8-Gipfel. Vor Botschaftern sagte Putin Ende Juni, ohne die USA oder den Irak-Krieg beim Namen zu nennen, das Herrschaftsprinzip „Quod licet Jovi, non licet bovi“ – „was Jupiter zusteht, steht dem Ochsen noch lange nicht zu“ – sei in Fragen internationaler Konfliktlösung unannehmbar. Es müssten „einheitliche, universelle Standards“ auf der Grundlage des Völkerrechts gelten.

Vieles von dem, was Moskau derzeit giftigfeilartig westwärts schleudert, muss nicht schon deshalb falsch sein, weil es in der Europäischen Union und in den USA für Befremden sorgt. Was Putin und sein Gefolge als „double standards“ des Westens im Umgang mit Russland beklagen, als zweierlei Maß und überzogene Kritik, stößt bisweilen auch in anderen Teilen der Welt auf Ablehnung. In China etwa, in Lateinamerika und den arabischen Staaten.

Nur: Ein bisschen sehr forsch im Ton kommt das neue Moskau vor dem G-8-Gipfel daher, halbstark beinahe, dabei unverhohlen um Augenhöhe werbend. Als ob ein ausgewiesener Klassenkauf plötzlich beschlossen hätte, sämtliche Rudelführer seines Jahrgangs zu sich nach Hause einzuladen.

Unter einer Bedingung: dass sie diese Ehre zu würdigen wissen.

**W**enn die Führer der weltweit mächtigsten Industrienationen am Samstag im Marmorsaal des Konstantinpalasts von Petersburg zusammenkommen, dann wird vor allem von Erdöl und Erdgas zu reden sein. Die weltweite Sicherheit der Energieversorgung ist Hauptthema des Gipfeltreffens.

Auch der Westen weiß: Bei diesem Thema kommt niemand mehr an Russland vorbei. Das Putin-Reich besitzt die weltgrößten Erdgasreserven, Liefermonopolist Gas-



YURI BELINSKY / ITAR-TASS



JEFF ZELEVANSKY / REUTERS

**Putin: 20 neue Luxusvillen samt Sauna und Swimmingpool für die Prominenz aus aller Welt**



prom ist inzwischen der drittgrößte Konzern auf dem Globus. Nach Saudi-Arabien liefert Russland das meiste Erdöl in die Welt. Die Wirtschaft boomt, seit 1999 wächst sie durchschnittlich um mehr als sechs Prozent im Jahr.

George W. Bush, erster und bis heute einziger Politiker, der beim Blick in Putins blassblaue Augen die „Seele“ des russischen Präsidenten zu entdecken glaubte, wird in St. Petersburg zwei Möglichkeiten haben – entweder er folgt der schroffen Linie seines Stellvertreters Dick Cheney, oder er folgt den Gesetzen der Diplomatie.

Cheney hatte Anfang Mai in der litauischen Hauptstadt Vilnius mit Breitseiten gegen Russland den Startschuss zum Schlagabtausch im Vorfeld des G-8-Gipfels gegeben – und gleichzeitig einen rhetorischen Schlusspunkt gesetzt unter die lange im Kammerton unterhaltenen Beziehungen zwischen Washington und Moskau.

„Es dient keinen begründeten Interessen, wenn Öl und Gas zu Instrumenten der Einschüchterung oder Erpressung werden“, tönte Cheney an die Adresse Russlands, das vier Monate zuvor durch den staatlich kontrollierten Konzern Gasprom seinem ukrainischen Nachbarn den Gas-hahn hatte zudrehen lassen – weil Kiew einer kräftigen Preiserhöhung nicht zustimmen wollte.

Moskaus Energiepolitik, befand der US-Vizepräsident, sei dabei nur Teil eines allgemeinen Kurswechsels, zurück zum starken Staat: „Im heutigen Russland versuchen Reformgegner die Errungenschaften des letzten Jahrzehnts ungeschehen zu machen. In vielen Bereichen der Zivilgesellschaft – von der Religion und den Medien

bis zu Bürgerrechtsgruppen und Parteien – hat die Regierung die Rechte des Volkes unrechtmäßig und unzulässig beschnitten.“

Die „schärfste Erklärung eines führenden amerikanischen Politikers seit Ende des Kalten Krieges“, wie die liberale Moskauer Zeitung „Kommersant“ später urteilte, erregte noch zusätzliches Aufsehen dadurch, dass Cheney nach seiner Tirade weiterflog ins öl- und gasreiche Kasachstan. Um dort ausgerechnet dem autokratischen Dauerherrscher Nursultan Nasarbajew zu schmeicheln: „Ganz Amerika ist beeindruckt vom Weg, den Kasachstan in den letzten 15 Jahren zurückgelegt hat.“



**„Was Jupiter zusteht, steht dem Ochsen noch lange nicht zu.“**

Es sind Auftritte wie dieser von Cheney – dem Mann, der den Irak-Krieg mit Lügen forcierte –, die es Putin leichtmachen, vor den Kameras seines Staatsfernsehens zweierlei Maß im Umgang mit Russland zu beklagen, die Augen dabei auf Schießscharten-Format verengt, die Worte mit mahelnden Kiefern hervorpressend.

Dass beim weltweiten Kampf um fossile Energieträger zuerst das Gas, dann das Öl und erst dann die Moral kommt, weiß keiner besser als Putin selbst – Russlands Beziehungen zu den despotischen Herrschern in Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan gedeihen derzeit auf der Grundlage langfristiger Lieferverträge. Aber auch in Washington sind Rohstoffexperten am Ruder: Bush, der im

Gefolge seines Vaters sein Geld im Ölgeschäft verdiente; Cheney, der Chef des milliardenschweren Erdöl-Dienstleisters Halliburton war; und Außenministerin Condoleezza Rice, die im Aufsichtsrat von Chevron saß.

Solange öffentlich von Demokratie und Menschenrechten die Rede ist, wenn in Wahrheit Barrepreise und Pipelines gemeint sind, so die Logik des russischen Präsidenten, muss Kritik nicht ernstgenommen werden. In seiner Rede zur Lage der Nation ließ er keinen Zweifel daran, dass die russisch-amerikanischen Beziehungen auf ihrem tiefsten Punkt seit dem Ende der Sowjetunion angekommen sind: „Wie das Sprichwort sagt: Kamerad Wolf weiß, wen er fressen will“, so Russlands Präsident an die Adresse der USA, „und er frisst, ohne auf andere zu hören.“

So unstrittig wie Putin im siebten Jahr seiner Amtszeit als Architekt des neuen russischen Staatsgebäudes gelten darf, so eindeutig ist die Energiepolitik das Fundament, das er seinem Bauplan zugrunde gelegt hat. Sein „Allerheiligstes“ nennt er den Rohstoffsektor, das Kernstück seiner Strategie, mit der er Russland auf die Bühne der Supermächte zurückbringen will. Die Re-Nationalisierung des Öl- und Gasgeschäfts ist inzwischen weit gediehen, an den Schaltstellen der Konzerne sitzen Männer aus dem Putin-Apparat.

Im 20. Jahrhundert sei noch militärische Stärke die Währung der führenden Nationen gewesen, mittlerweile aber bestimme der Zugang zu Öl und Gas die internationalen Kräfteverhältnisse, sagt Andrew Kuchins, Eurasien-Direktor der Carnegie-Stiftung: Russland werde dadurch zunehmend



**Kinofilm „9. Kompanie“  
Kraftvolle Tat**

Verglichen mit den gewaltigen Gasvorkommen des größten Flächenstaats der Erde sind dabei seine Ölvorräte begrenzt – 75 Prozent der bekannten Lagerstätten werden bereits ausgebeutet. Aber bei Erdgas deckt Russland schon heute ein Viertel des europäischen und sogar 40 Prozent des deutschen Bedarfs. Monopolist Gasprom ist folgerichtig nicht nur größter Konzern und Steuerzahler im Land, sondern auch Herzstück von Putins Politik.

Versuche des reformorientierten Wirtschaftsministers German Gref, den Gas-Giganten zu zerschlagen und effizienter zu machen, hatte Putin beizeiten dadurch vereitelt, dass er seinen Gefolgs-

mann aus gemeinsamen Petersburger Tagen, Alexej Miller, an die Spitze des Konzerns stellte. Seither ist Gasprom, in treuer Fortführung der Leninschen Lehre vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, ein mächtiger Hebel in den Händen der Kreml-Führung.

Gasprom beschäftigt 250 000 Menschen, zählt nach dem Urteil seiner Kleinaktionäre zu den uneffizientesten Konzernen im Land und unterhält ein Geflecht von

175 Tochterfirmen, in deren Kassen Milliardenbeträge vor allem aus dem Gastransport ins Ausland abfließen.

Dass Gasprom dennoch mit derzeit 250 Milliarden Dollar Marktkapitalisierung zum weltweit drittgrößten Konzern nach Exxon Mobile und General Electric aufgestiegen ist, treibt dem Vorstandsvorsitzenden Miller in seinem holzgetäfelten Besprechungszimmer ein selbstgefälliges Grinsen ins Gesicht: „Bis zur Nummer eins in der Welt ist es nicht mehr weit.“

Die schiere Größe des Gaskonzerns bringt dem Kreml und Miller nahezu gratis Ergebniseadressen ein. Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder, als Aufsichtsratsvorsitzender des Ostsee-Pipeline-Konsortiums inzwischen selbst auf der Gasprom-Gehaltsliste, sagte Ende Juni als Festredner des Investmentfonds Hermitage Capital in Moskau: „Die Europäer sollten nicht so tun, als müssten die Russen dankbar dafür sein, dass sie Öl und Gas nach Europa liefern.“

Putin selbst hätte das nicht treffender sagen können. Russlands Freunde werden in geheizten Stuben sitzen, so lautet die Nachricht, alle anderen mögen sich warm anziehen. Der Moskauer Schriftsteller und Großmacht-Ideologe Alexander Prochanow sieht bereits eine Zeit heraufziehen, in der Gasprom „mit seinen stählernen Zangen eine neue Variante eines russischen geopolitischen Imperiums errichten“ wird.

Was dies für abgefallene Verbündete Moskaus bedeuten kann, bekamen die Ukrainer zum Jahreswechsel zu spüren. Trotz gültiger Lieferverträge samt festgeschriebener Preise sperrte Gasprom dem ungeliebten Reformpräsidenten Wiktor Juschtschenko und seinem Volk am Neujahrstag

„in der Lage sein, jenseits seiner eigentlichen Gewichtsklasse zu boxen“.

Moskaus Erträge aus dem Ölgeschäft allein haben sich seit der Regierungszeit Boris Jelzins auf jährlich 150 Milliarden Dollar verneunfacht – bei nahezu verfünffachten Weltmarktpreisen. Der reale Durchschnittslohn nimmt mit über zehn Prozent jährlich zu, und um gut sechs Prozent, Tendenz derzeit fallend, wächst die Wirtschaft pro Jahr, seit Putin im Amt ist.



**Unter Großen** Wirtschaftsleistung der G-8-Staaten 2005

Quelle: IWF, WTO, Uno

	<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP)</b> in Milliarden Dollar	<b>BIP pro Kopf</b> der Bevölkerung, in Dollar	<b>Gold- u. Devisenreserven</b> in Milliarden Dollar	<b>Wirtschaftswachstum</b> Durchschnitt 2000–2005	<b>Bevölkerung</b> in Millionen
USA	12 486	42 101	64	2,8%	298,2
JAPAN	4 571	35 787	847	1,7%	128,1
DEUTSCHLAND	2 797	33 922	102	1,1%	82,7
GROSSBRITANNIEN	2 202	36 599	79	2,6%	59,7
FRANKREICH	2 106	33 734	74	2,0%	60,5
ITALIEN	1 766	30 450	66	1,0%	58,1
KANADA	1 130	35 064	33	3,0%	32,3
RUSSLAND	766	5 369	182	6,8%	142,8

kurz nach Mitternacht die Gaszufuhr – offiziell, um endlich Weltmarktpreise durchzusetzen.

Es war dies, nur Minuten nachdem Russland erstmals in seiner Geschichte den Vorsitz in der G-8 übernommen hatte, ein verspätetes Erweckungserlebnis auch für Moskaus Handelspartner im Westen. Denn das Neue am Konflikt mit der Ukraine war nicht, dass der Kreml Rohstoffreserven als außenpolitische Waffe nutzte. Neu war, dass bei weltweit explodierenden Ölpreisen mitten im Winter das Gespenst einer neuen Energiekrise erschien und dass deshalb CNN und andere Sender dem Vorgang verstärkte Beachtung schenkten.

Der Züchtigungsversuch gegen die aus dem Moskauer Orbit driftende Ukraine bewirkte auf den Welt-Gasmärkten, was in der Ölbranche die Verhaftung Michail Chodorkowskis im Oktober 2003 und die folgende Zerschlagung des Jukos-Ölkonzerns ausgelöst hatten: die Einsicht, dass Putin und seine Strategen den Wert der Trümpe in ihrer Hand kennen und auszureizen bereit sind.

Während Europa noch erschrocken über eine Diversifizierung seiner Energieversorgung debattiert, ist Gasprom längst weiter: Anfang Juni verlautete, dass der russische Monopolist zwei Milliarden Dollar in die gerade erst zwangsverstaatlichte Gasindustrie Boliviens investieren wird. Gleichzeitig laufen Verhandlungen mit Algerien und Libyen über eine gemeinsame Ausbeutung der dortigen Vorkommen – mit Lieferungen aus diesen Ländern soll die rapide steigende Nachfrage befriedigt werden.

Am Hauptschauplatz des geostrategischen Kräftemessens zwischen Russland



**Präsident Jelzin (1996):** Das Land aus dem Tennisclub geführt

und dem Westen schließlich, in Zentralasien, ist Putin seinem Ziel einer langfristigen Verfügungshoheit über die Rohstoffe schon nahe: Turkmenistan hat sich auf 25 Jahre hinaus verpflichtet, das Gros seiner Erdgasförderung an Gasprom zu liefern; Usbekistan beutet seine Vorkommen mit russischer Hilfe aus; und Kasachstan erwägt einen Vertrag mit 20-jähriger Laufzeit.

Nicht nur die Ukrainer haben erfahren, wie es sich anfühlt, von russischem Gas abhängig zu sein, und dennoch politisch eigene Wege gehen zu wollen. Auch Weißrussen, Georgier, Armenier und Moldauer sind bereits mit subtilen Drohungen bedacht worden. Letztendlich sei auch der

Westen, so ließ Wladimir Putin Ende April nach seinem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel verlauten, gut beraten, Russlands Geduld nicht mit ewigen Nörgeleien auf die Probe zu stellen.

„Was werden wir tun, wenn wir tagein, tagaus die gleichen Anschuldigungen zu hören bekommen?“, fragte Putin rhetorisch zweieinhalb Monate vor Beginn des G-8-Gipfels: „Natürlich werden wir anfangen, uns nach anderen Märkten umzusehen.“

Wenn die Führer der weltweit mächtigsten Industrienationen am Samstag im Marmorsaal des Konstantinpalasts von Petersburg zusammenkommen, dann

## Das Erbe des Imperiums

Russlands Weg ins 21. Jahrhundert

**1812** Das Heer Napoleons fällt in Russland ein. Auf dem Rückzug wird die „Grande Armée“ vernichtet. Zar Alexander I. gilt als „Retter Europas“.

**1853 – 1856** Die russische Expansion nach Süden wird im Krimkrieg durch eine französisch-britisch-osmanische Allianz gestoppt.

**1904/05** Niederlage Russlands im Russisch-japanischen Krieg. Zar Nikolai II. lässt aufkommende Unruhen blutig niederschlagen, das Riesenreich erhält aber Verfassungsrechte und ein Parlament, die Duma.



Zar Nikolai II.

**1914** Beginn des Ersten Weltkriegs. Russland, Frankreich und Großbritannien stehen den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn gegenüber.

**1917** Oktoberrevolution. Die Bolschewiki unter Lenin beschließen die Aufnahme von Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten.

**1918** Russland scheidet aus dem Krieg aus. Nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk verliert es weite Teile seines westlichen Territoriums.

**1922** Gründung der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ (UdSSR).



Lenin



Stalin

**1924** Tod Lenins. Aus den Machtkämpfen um seine Nachfolge geht schließlich Josef Stalin als Sowjetführer hervor.

**1928** Erster Fünfjahresplan. Vorrang hat der Aufbau der Schwerindustrie. Bei der brutalen Kollektivierung der Landwirtschaft werden Zehntausende Großbauern getötet. Millionen sterben in der folgenden Hungersnot.

**1939** Nichtangriffsabkommen mit Nazi-Deutschland. In dem sogenannten Hitler-Stalin-Pakt wird auch die Aufteilung Polens beschlossen.

**1941** Am 22. Juni überfällt die Wehrmacht die Sowjetunion. Der deutsche Angriff kommt vor Moskau zum Erliegen.

**1943** Die „Großen Drei“, US-Präsident Franklin D. Roosevelt, Großbritanniens Premier Winston Churchill und Stalin treffen sich in Teheran zu Nachkriegsplanungen: Die Grenzen Polens und der Sowjetunion sollen nach Westen verschoben werden.

**1945** Die Rote Armee erobert Berlin. Deutschland wird in Besatzungszonen aufgeteilt. Die Ostzone, aus der später die DDR hervorgeht, steht unter sowjetischer Verwaltung.



**Beschuss des Parlaments (1993):** Fast 200 Tote



**Banken-Crash in Moskau (1998):** Schulden nicht bedient

PICTURE-ALLIANCE / DPA

SERGEI KARPUKIN / REUTERS

der Westen messe mit zweierlei Maß.

Wie das moderne Russland mit der Sowjetgeschichte umzugehen hat, das möchte gern Putin bestimmen, denn im Selbstverständnis der Nation ist das der heikelste Punkt. Für Millionen Menschen zwischen Kaliningrad und Wladiwostok bleibt bis heute unfassbar, wie ihr Reich Weihnachten 1991 zugrunde ging – nachdem Russen, Weißrussen und Ukrainer in einem Wald bei Brest einen Dreierbund gegen die Zentralführung geschlossen hatten und Sowjetpräsident Michail Gorbatschow entnervt den Kreml verließ.

Triumph und Niederlage hatten seit der Abwehr der Tataren zum russischen Imperium gehört wie der Wechsel der Jahreszeiten. Die Moskowiter eroberten Sibirien, schlossen sich die Ukraine an, den Kaukasus, Turkestan und Fernost und wurden aus Machtüberschätzung manchen Landgewinn schnell wieder los. Der letzte große Traum vom Aufstieg zum „Dritten Rom“ endete 1917 mit dem Fiasko des Zaren und Lenins Einzug in den Kreml.

Zum Ende des Sowjetreichs herrschten 145 Millionen Russen über mehr als 100 nichtrussische Völker und 110 Millionen Osteuropäer. Die von Lenin geschmiedete Union war zum Schluss der größte Flächenstaat der Erde, der über elf Zeitzonen reichte, mehr Kohle, Öl und Panzer produzierte als die reichen USA, 45 000 Atomsprenköpfe besaß, eine fast vier Millionen Mann starke Armee und eine Führung, die lange Zeit von der Weltrevolution geträumt hatte. Und die sich, als sie ausblieb, qua ihrer Raketen zumindest für einen ebenbürtigen Gegner Washingtons

hielt, der anderen Großmacht. Damit war es nun vorbei.

Die Welt könne „aufseufzen vor Erleichterung“, kommentierte Präsident Boris Jelzin, als sich seine Russische Föderation zum Rechtsnachfolger der UdSSR erklärte. In der Euphorie des Aufbruchs verzichtete er auf jeglichen Großmachtanspruch. „Stark und demokratisch“ wolle sein Land sein, verkündete Jelzin, doch „niemals mehr ein Imperium“. Fortan werde dessen Bedeutung nicht mehr durch die räumliche Ausdehnung bestimmt, sondern durch den Wohlstand seiner Bürger. Den Westen forderte der Russenführer auf, beim Übergang vom autoritären Kollektivismus zum freien Unternehmertum zu helfen – weil er „zur Rettung der Demokratie in Russland einfach verpflichtet“ sei.

Was nun geschah, geschah in den Augen der Russen also im Namen der Demokratie. Schon der erste Anlauf versetzte Millionen Menschen in den Dauerschock.

Als Jelzins Regierung im Januar 1992 die Preise freigab, verteuerten sich die Waren um das Zehnfache. Die Industrieproduktion brach ein, die Arbeitslosigkeit wuchs mit rasender Geschwindigkeit. Löhne wurden nur noch mit monatelanger Verspätung gezahlt. Das Land fiel in den mittelalterlichen Tauschhandel zurück.

Die folgende Privatisierungskampagne schuf nicht die erwünschte breite Schicht neuer Eigentümer, sondern einen Oligarchenclub, der zu Spottpreisen die Staatskonzerne an sich riss. Eines seiner erlauchten Mitglieder: Ex-Komsomol-Funktionär Michail Chodorkowski.

Auch die politischen Folgen der Schocktherapie hatte kaum jemand vorausgesehen: Das Parlament verweigerte dem Präsidenten die Gefolgschaft; Jelzin ließ es daraufhin mit Panzern beschießen – die Bilanz: fast 200 Tote. Im November 1994 trat der Geheimdienst auch noch den Tschetschenien-Krieg los. Allein dessen erste Phase, die 1996 mit einer Niederlage

wäre auch Gelegenheit, nach gemeinsamen Werten zu forschen.

Zu fragen etwa, warum in Putins Russland dem Feldherrn Stalin wieder verstärkt öffentlich gehuldigt, dem Massenmörder Stalin hingegen kaum mehr ein Wort gewidmet wird. Oder zu klären, ob es die G-8 interessieren sollte, warum ihr derzeitiger Vorsitzender den Zerfall der Sowjetunion zur größten geopolitischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts erklärt hat.

Putin, so viel scheint sicher, wäre gewappnet. Ein Wort über Junichiro Koizumi etwa, Japans Ministerpräsidenten, der alljährlich in der Gebetshalle des Tokioter Yasukuni-Schreins den Kopf auch vor toten Kriegsverbrechern beugt, und schon wäre die Generalthese wieder bewiesen –

**1945 – 1949** In dem von der Roten Armee „befreiten“ osteuropäischen Staatengürtel werden nach sowjetischem Vorbild Regierungen unter Vorherrschaft der jeweiligen kommunistischen Parteien gebildet.

**1949** Explosion der ersten sowjetischen Atombombe. Beginn des atomaren Wettrüstens mit den Vereinigten Staaten.

**1961** Während der Kuba-Krise stehen die Supermächte USA und UdSSR am Rande eines Atomkriegs.



**1968** Moskaus Panzer ersticken den von der tschechoslowakischen Führung ausgerufenen „Prager Frühling“. Leonid Breschnew, Moskaus KP-Chef, verkündet die Doktrin von der „begrenzten Souveränität“ der Osteuropa-Staaten.



Gorbatschow

**1985** Nach Ableben der alten Führungsriege wird Michail Gorbatschow neuer Kreml-Chef. Er will eine freiere Presse und einen Umbau der maroden Staats- und Wirtschaftsordnung. Mit den USA einigt er sich auf Abkommen zur Rüstungsbegrenzung.

**1989/90** Das politische Tauwetter erfasst die sowjetischen Satellitenstaaten, die sich in überwiegend friedlichen Revolutionen ihrer kommunistischen Diktaturen entledigen.

**1990** Die sowjetische Führung gibt ihr Einverständnis zur deutschen Wiedervereinigung.

**1991** Elf ehemalige Sowjetrepubliken gründen die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS). Präsident der neuen Russischen Föderation wird Boris Jelzin. Gorbatschow tritt zurück, die UdSSR löst sich zum Jahresende auf.

**1994** Beginn des blutigen Bürgerkriegs in der russischen Teilrepublik Tschetschenien.

**1998** Aufnahme Russlands in die Gruppe der G-8-Staaten.

**1999** Wladimir Putin wird Nachfolger Jelzins als russischer Präsident.

DER SPIEGEL

Moskaus endete, forderte über 80 000 Menschenleben.

Boris Jelzin, der Zerstörer des Sowjetreichs, so stellte sich bald heraus, war ein Mann ohne Konzept und Visionen. Ein Ad-hoc-Politiker im Bojarenstil, kein Demokrat. Einer, der das Land mit Hilfe seiner Leibwächter aus dem Tennisclub führte, der sich bald fünf Bypässe legen lassen musste und monatelang von der politischen Bühne verschwand. Für die Russen wurde er zum Symbol für Unberechenbarkeit und Abenteuerlust, weil er sie schutzlos dem Raubtierkapitalismus und den Konzepten des Internationalen Währungsfonds überließ. Dass man vom Westen lernen könne, „auf zivilisierte Weise zu leben“, verkehrte sich für die Mehrheit ins bittere Gegenteil.

Jelzin gewann 1996 zwar nochmals eine Wahl, doch nur mit dem Geld der Oligarchen. Zwei Jahre später fiel das Land vollends in Agonie: Die Regierung hatte den Rubelkurs freigegeben und ihre Schulden nicht mehr bedient – Millionen Russen wurden ihre Ersparnisse los. Russland war endgültig zum internationalen Problemfall zusammengeschnürt.

Jelzin-Erbe Wladimir Putin begriff, in welch depressiver Gemütsverfassung sich das Land befand. Er sprach von den „traditionellen Werten“ Russlands. Davon, dass das Land in absehbarer Zukunft nicht



### Im neuen Buch der Sowjetgeschichte werden Gut und Böse sauberlich getrennt.

den USA oder Großbritannien ähneln, russische Demokratie also „niemals das liberale Modell des Westens kopieren“ werde. Und dass nur „ein starker Staat Garant der Freiheit“ sei.

Das war Balsam für die Seelen seiner verunsicherten Landsleute. Selbst nach dem Sturz des Kommunismus hatte höchstens jeder sechste eine der neuen liberalen Parteien gewählt; zwei Drittel der Russen bedauerten bald den Untergang der großen Sowjetunion.

Putin zauberte erst einmal virtuell die Großmacht Russland zurück. Soldaten in Uniformen des frühen 19. Jahrhunderts trugen Nationalflagge und Präsidentenstandarte in den Kreml-Palast, als er am 7. Mai 2000 den Amtsantritt feierte: Der Mix zaristischer, sowjetischer und postsovietischer Symbole war ein Fingerzeig, welchen Platz Russland früher auf der weltpolitischen Bühne innegehabt hatte.



Präsident Putin, orthodoxer Patriarch Alexij II.: Gemeinsamer Stolz auf die Vergangenheit

Der Neue im Kreml versprach, die Großindustrie unter staatliche Kontrolle zu nehmen, die Rechtlosigkeit zu beseitigen und das Ansehen der Armee wiederherzustellen. Und er versuchte, den Russen den Stolz aufs eigene Land zurückzugeben – Oligarchen wie Wendeverlierern, Demokraten wie Tschekisten.

Er kehrte zur alten Sowjethymne zurück, deren Text Russland jetzt als „heilige Macht“ preist. In den Streitkräften führte er die von Jelzin verbotene rote Fahne wieder ein, dann belebte er mit einer pompösen Staatsfeier zum 60. Siegesjubiläum 2005 erneut den mächtigen Mythos vom Großen Vaterländischen Krieg. Beim Aufmarsch von Tausenden Veteranen, vor Dutzenden Staatschefs und der orthodoxen Kirchenführung verschmolz der Stolz auf die Vergangenheit wieder zu neuem Großmachtbewusstsein.

Nicht nur Stalin, auch der bis vor kurzem belächelte KP-Chef Leonid Breschnew, einst Symbol der Stagnation, darf plötzlich wieder Held einer Fernsehserie sein – beides Männer, die dem Volk zu wahrer (militärischer) Größe verholfen hätten.

Denn im neuen Buch der Sowjetgeschichte werden Gut und Böse sauberlich getrennt. Der „9. Kompanie“, Russlands erstem Spielfilm über den Afghanistan-Krieg, gelang voriges Jahr nur deswegen der Durchbruch zum 20-Millionen-Dollar-Kinohit, weil sie die schmachliche Niederlage am Hindukusch verdrängt. Selbst Russlands Jugend betrachtet den Feldzug heute als „Kampf gegen den Terrorismus“ und kraftvolle Tat.

So lässt sich auch das früher wichtigste Großmachtsymbol, die Armee, aufpolieren, obwohl der Ost-West-Konflikt seit 15 Jahren zu Ende ist: Putin hier bei der Kiellegung einer neuen U-Boot-Klasse, Putin da bei der Indienstellung einer Superakete, die „alle bestehenden Abwehrsysteme überwinden“ werde – als sei die Zahl der nuklearen Sprengköpfe noch immer unabdingbares Großmachtattribut.

Der heutige Kreml-Chef hat in den sechseinhalb Jahren seit Ende der Jelzin-Ära das schier Undenkbare geschafft: Jeder zweite Russe hält das Land wieder für ein gleichwertiges Pendant der USA. Und 38 Prozent wissen, wem das zu verdanken ist: Sie loben Putin als den „erfolgreichsten Führer unseres Landes nach 1917“ – erfolgreicher noch als Breschnew und Stalin.

Die Reformen Gorbatschow und Jelzin, die eine Demokratie westlichen Musters schaffen wollten, teilen sich den letzten Platz.

Wenn die Führer der weltweit mächtigsten Industrienationen am Samstag im Marmorsaal des Konstantinpalasts von Petersburg zusammenkommen, dann wird es auch um Meinungs- und Medienfreiheit gehen. Offen oder zwischen den Zeilen.

Bush, Cheney und Rice haben die Zustände im Putin-Staat zuletzt deutlich kritisiert. Einige US-Senatoren um den Republikaner John McCain gingen so weit, den Ausschluss Russlands aus der G-8 zu fordern.

Dass andererseits Italien während der Regentschaft des Medienzaren Silvio Berlusconi im internationalen Vergleich der



BOJAN BRECELJ / AGENTUR FOCUS

**Kosmetik-Shop am Moskauer Arbat: Zehn Prozent Lohnsteigerung jährlich**

Pressefreiheit laut den Kriterien der Organisation Reporter ohne Grenzen auf Platz 42 abgestürzt ist, noch hinter Namibia und Südkorea, ist auch in Russland vermerkt worden. Auf dem Weltkongress der Zeitungsverleger vorigen Monat in Moskau wies Putin jede Kritik kühl von sich: „Von Jahr zu Jahr werden die Bedingungen für die Medien in Russland günstiger.“

Sicher, mehr als anderthalb Jahrzehnte nach dem Fall des Kommunismus gibt es keine Pressezensur sowjetischen Typs mehr, keine Parteiideologen, die Artikel abnicken. Nur zehn Prozent der elektronischen Medien gehören dem Staat, es gibt 53 000 Periodika und selbstgedruckte Kritik am Kreml-Steuermann.

Andererseits: Reporter ohne Grenzen führt Russland in der Liste sogar nur auf Platz 138, gerade noch vor Weißrussland, Saudi-Arabien und Kuba – ohne dass dies

noch irgendjemanden in Moskau auf die Straße treibt. Denn die im Inland erlebte und die vom Ausland empfundene Pressefreiheit haben wenig miteinander zu tun.

Iwan Normalverbraucher nämlich hatte die Meinungsvielfalt der Jelzin-Zeit als Spiegelbild des Staatszerfalls erlebt, so wie Putin und seine Gesinnungsgenossen auch; die Berichterstattung über die Gräueltaten der russischen Truppen im ersten Tschetschenien-Krieg gilt in Geheimdienstkreisen bis heute als einer der Gründe für die damalige Niederlage der Armee.

Um sein Projekt „Wir sind wieder wer“ durchzupauken, wünschte sich Putin also andere, strammere Begleitmusik und eine überschaubare publizistische Landschaft. Nicht das Volk sollte über die Medien die Regierung kontrollieren, sondern umgekehrt die Führung alles, was außerhalb der Kreml-Mauern geschieht.

Die in der Jelzin-Ära bedeutendsten Medienunternehmer – Boris Beresowski, Großaktionär des wichtigsten Fernsehkanals ORT, und Wladimir Gussinski, Besitzer des TV-Senders NTW – wurden noch im Jahr 2000 außer Landes getrieben; sie hatten sich Putins Forderungen nach patriotischer Berichterstattung widersetzt.

Der Präsident regelte das nicht per Verbot, sondern mit Hilfe von Steuerpolizei und Kreml-höriger Justiz. Im Fall Gussinski kaufte der staatlich kontrollierte Erdgasriese Gazprom die Sender auf. Gazprom-Media ist heute Mehrheitseigner an zwei der wichtigsten TV-Stationen, der traditionsreichen Zeitung „Iswestija“ und dem früheren Kultradio Echo Moskwy. Ren TV bekamen der Stahlkonzern Sewerstal und die Ölgesellschaft Surgutneftegas, beides von Putin-Vertrauten gesteuerte Firmen. Schon 2002 wurde der letzte überregional bedeutsame private Fernsehsender dichtgemacht: TW-6.

Die Leerräume füllten patriotische Sender von Armee, Kirche und Staat. Flankiert wurde die Medienoffensive von einer Gesetzgebung, die auch die Berichterstattung über den Tschetschenien-Krieg erschwerte: Wer künftig noch kaukasische Untergrundkämpfer interviewt, steht mit einem Bein bereits im Gefängnis.

Russlands Fernsehvolk darf sich nun unbegrenzt durch Gewalt-, Sex- oder Seifenserien zappen, Informationsprogramme aber kontrolliert der Staat; 90 Prozent der Nachrichten in den landesweit zu empfangenden Sendern, so die Journalistengewerkschaft, seien allein der Staatsmacht gewidmet – und Putin selbst. Entstanden sei eine

**Baustelle des Moskauer „City-Centre“: 250 Milliarden Dollar gehortet**



GRIGORY SYSOYEV / ITAR-TASS

# „Öffnung des Allerheiligsten“

Der amtierende EU-Ratspräsident, Finnlands Regierungschef **Matti Vanhanen**, 50, über das schwierige Verhältnis Europas zu seinem Öl- und Gaslieferanten Russland



SEBASTIAN LASSE / ZEITENSPIEGEL

**SPIEGEL:** Herr Ministerpräsident, Europa will seine Beziehungen zum großen Nachbarn Russland auf neue Füße stellen und einen Grundlagenvertrag mit Moskau aushandeln. Ist dies eine Wende in Brüssels Ostpolitik?

**Vanhanen:** Europa kann die besonderen Beziehungen, die es zu Russland hat, auf Dauer nicht mit den üblichen Instrumenten seiner „Nachbarschaftspolitik“ regeln.

**SPIEGEL:** Weil das selbstbewusste Russland nicht mehr mit Algerien oder der Ukraine auf einer Stufe stehen will?

**Vanhanen:** Weil das Verhältnis Europa–Russland etwas Besonderes ist und die Zusammenarbeit deshalb eine eigene vertragliche Basis braucht. Dafür ist ein Mandat aller 25 Mitgliedstaaten erforderlich. Ich werde versuchen, das auf dem EU-Gipfel in Lahti im Oktober zu erreichen.

**SPIEGEL:** Was soll bei den Verhandlungen herauskommen?

**Vanhanen:** Eine europäisch-russische Freihandelszone könnte zum Beispiel das Ergebnis sein. In der dürften sich EU-Firmen in Russland frei entfalten, und russische Firmen könnten in Europa handeln, kaufen, investieren. Beiden Seiten böten sich großartige Möglich-

**Vanhanen:** Weil es auch im russischen Interesse ist, eine Basis für eine verlässliche Partnerschaft zu bekommen. Europa braucht Russlands Gas und Öl, das ist richtig. Aber Russland braucht unser Geld, unsere Technologien, unseren Markt, das ist genauso richtig. Es ist eine gegenseitige Abhängigkeit.

**SPIEGEL:** Als die Russen Anfang des Jahres den Gashahn für die Ukraine abdrehen, zuckte auch Europa zusammen. 40 Prozent des Gas- und ein Viertel des europäischen Ölverbrauchs kommen aus Russland.

**Vanhanen:** Das ist Grund genug, mit kluger, vorbeugender Politik diese Abhängigkeit zu reduzieren – so weit das geht. Denn unser Energierisiko wird ja in der Zukunft nicht kleiner. Heute importiert Europa 50 Prozent seines Energiebedarfs, bald werden es 70 Prozent sein. Unsere politische Linie kann deshalb doch nur sein, selbst mehr Energie zu erzeugen, wo immer es geht. Und außerdem sollten wir unsere Importe auf möglichst viele Lieferanten verteilen, um nicht von einem allzu abhängig zu sein. Aber man darf das Risiko auch nicht dramatisieren. Warum sollten die Russen, unsere Hauptenergieversorger, Verträge brechen, Lieferungen stoppen?

in Moskau die Einsicht durchsetzt, dass das für Russland sinnvoll ist. Man kann die Scheu vor fremdem Investment ja durchaus verstehen. Der Energiebereich ist für Russland so extrem wichtig ...

**SPIEGEL:** Putin spricht vom „Allerheiligsten“ ...

**Vanhanen:** ... und wer lässt da schon gern Fremde hinein. Die Öffnung ist ein schwerer Schritt: Nur die Ausbeutung der Gas- und Ölfelder eröffnet Möglichkeiten, die russische Wirtschaft zu entwickeln, den Lebensstandard der Menschen zu erhöhen. Der Energiesektor ist der Schlüssel zu Russlands Zukunft, und den wollen sie nicht so ohne weiteres aus der Hand geben.

**SPIEGEL:** Ist uns denn wohl, wenn Gasprom, etwa in Deutschland, reihenweise Stadtwerke aufkauft?

**Vanhanen:** Nein. Da gibt es dieselben Vorbehalte. Während es heute völlig normal ist, dass internationale Firmen große Teile unseres Energiemarkts kontrollieren, gibt es bei vielen Europäern Abwehrreflexe, wenn ein russischer Investor Interesse zeigt. Da muss noch viel passieren, bis sich das ändert. Wir Finnen sind, aufgrund unserer geografischen Lage und unserer Geschichte vielleicht, schon weiter. Als jetzt eine große finnische Ölfirma von einer russischen übernommen wurde, habe ich das öffentlich sehr begrüßt und faire Bedingungen versprochen. Und die meisten Finnen fanden das richtig.

**SPIEGEL:** Die Nato sieht Energiesicherheit als strategisches Problem, mit einer kräftigen militärischen Komponente.

**Vanhanen:** Für mich geht es hier primär um ökonomische Probleme. Wenn wir den Russen helfen, dass sie ihre Energieeffizienz erhöhen, wenn wir helfen, ihre gigantischen Umweltprobleme zu lösen, können sie uns langfristig mehr Öl und Gas verkaufen; wir zahlen mehr, sie profitieren mehr. Eine Win-win-Situation für beide.

**SPIEGEL:** Wie hart kann man mit seinem wichtigen Energiepartner auch über dessen Demokratie-Defizite reden?

**Vanhanen:** Man kann gleichzeitig und gleichermaßen ernsthaft über Energiekooperation verhandeln und eine Menschenrechtsdebatte führen. Vorausgesetzt, man spricht von Gleich zu Gleich und ist nicht abhängig vom anderen.

INTERVIEW: MANFRED ERTEL,  
HANS-JÜRGEN SCHLAMP



ANATOLY MALISEV / PICTURE-ALLIANCE / DPA

**EU-Gipfel mit Russland in Sotschi (im Mai):** „Handeln, kaufen, investieren“

keiten. Russland ist ein riesengroßer Markt, besitzt gewaltige Energieressourcen und ist auf einigen technologischen Feldern sehr weit vorn. Wir könnten verlässliche Energielieferverträge mit sehr langen Laufzeiten schließen, und zwar zu Marktpreisen, nicht zu politischen Konditionen.

**SPIEGEL:** Russlands Präsident Putin sieht sein Land als wiedererstarkte Großmacht, deren schärfste Waffe die Energievorräte sind. Warum sollte er diese Waffe stumpf machen?

Die Konsequenzen für sie wären enorm, der langfristige Schaden für Russland wäre groß. Wir Finnen haben jahrzehntelange Erfahrungen mit russischen Energielieferanten: Ich kann Ihnen versichern, es gab nie ein Problem.

**SPIEGEL:** Russlands Staatsduma hat gerade das Exportmonopol des Erdgas-Riesen Gasprom bestätigt. Sollte Moskau den Westen nicht direkt an der Gas- und Ölproduktion beteiligen?

**Vanhanen:** Langfristig muss das kommen. Aber es wird noch etwas dauern, bis sich

„Atmosphäre der Vorsicht und der Selbstzensur unter Journalisten, die um ihre Existenz fürchten“, so hat es Gavin O'Reilly, Chef des Weltzeitungsverbands, dem Präsidenten ins Gesicht gesagt.

Es ist nicht nur Opportunismus, wenn selbst früher liberale Zeitungen inzwischen dem Kreml-Chef huldigen. Denn: Falls „Russland, wirtschaftlich und militärisch, die Rückkehr als Großmacht nicht gelingt, kann es auseinanderfallen“, glaubt Alexej Puschkow. Gorbatschows einstiger Redenschreiber ist heute Moderator der TV-Sendung „Post Scriptum“, in der die „Feinde Russlands“ für die eigenen Missgeschicke der vergangenen 15 Jahre herhalten müssen: Amerikaner, Balten, Polen, Georgier ...

vom Präsidenten ausgewählt. Angeblich als „Gewissen der Nation“ ließ der noch eine „Gesellschaftskammer“ gründen, deren Beschlüsse aber niemand befolgen muss. Die vom Ausland gestützten Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), die den schleichenden Übergang zur Autokratie kritisierten, wurden dagegen mit einem restriktiven Gesetz an die Kette gelegt.

Wie unter Nikolai II. gehe die Politik wieder „vom Hofe aus“, sagt Dmitrij Trenin vom Moskauer Carnegie-Zentrum: „Der Präsident als moderner Zar ist die einzig funktionierende Institution.“ Das Verfassungsgericht gab dies vor wenigen Monaten offen zu: Da Russlands Staats-

Wenn die Führer der weltweit mächtigsten Industrienationen am Samstag im Marmorsaal des Konstantinpalasts von Petersburg zusammenkommen, dann wird der Kampf gegen die Armut und für soziale Gerechtigkeit zu den Schlüsselthemen zählen.

Dann wird Tony Blair, Regierungschef von Großbritannien, wo laut OECD 11,4 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze leben, gut daran tun, Wladimir Putin, dem Präsidenten Russlands, das derzeit 250 Milliarden Dollar an Devisen- und Goldreserven hortet, nicht mit Ratschlägen zu kommen.

Putin sieht sich auf dem richtigen Weg: Die dramatisch gestiegenen Öl- und Gas-



Durchsuchung des Gussinski-Medienkonzerns (2000), Putin-Gegner in Georgien: „Atmosphäre der Vorsicht und der Selbstzensur“

Die Fernsehjournalistin Olga Romanowa hat zu Jahresbeginn ein Experiment gemacht: „Drei Tage bin ich nicht ins Internet gegangen, ich habe auch keine westlichen Satellitenkanäle geschaut. Nach drei Tagen habe ich begriffen, dass Russland von Feinden umzingelt ist, alle Hoffnungen werden in Putin gesetzt.“

Nach dem Muster der Medienbranche hat Putin auch die politischen Institutionen des Landes verschlankt. Er nennt es die „Reform der Macht“. Die Regierungsbürokraten stammen inzwischen zu 77 Prozent aus Militär und Geheimdienst; die Gouverneure mussten ihre Mandate im Föderationsrat niederlegen – das russische Oberhaus ist entmachteter. Mit einem selbstentworfenen Parteiengesetz schickte der Kreml auch die meisten Parteien in die Bedeutungslosigkeit – seine Haustruppe „Einiges Russland“ besitzt in der Duma die Zweidrittelmehrheit und passt die Parlamentsspielregeln rücksichtslos ihren Bedürfnissen an.

Auch die Direktwahl der Gouverneure ist abgeschafft; die Kandidaten werden

chef der „unmittelbare Vertreter des gesamten Volkes“ sei, das Volk aber die „einzige Quelle der Macht“, stünden Putin alle gewünschten Vollmachten zu. Selbst wenn sie nicht in der Verfassung aufgeführt sind.

Solch skurrile Gesetzesinterpretation würde anderswo einen Sturm der Entrüstung auslösen; Putins hybride Politik jedoch verhindert das Entstehen einer größeren, demokratischen Opposition. Er bietet Alleinherrschaft und Wahlen zugleich, Freiheit und Autoritarismus – ein Mann, der fast jeder Zielgruppe seine Unterstützung verspricht.

So mag sich das Rätsel klären, warum jeder zweite Russe 15 Jahre nach dem Ende des totalitären Sowjetsystems die Politik des starken Staates wieder als positiv empfindet. Das Volk habe sich „entschieden, in die gewohnte und ruhige Sowjetunion zurückzukehren“, kommentiert das Moskauer Magazin „Profil“ – in einen Zustand mit dauerhaften Spielregeln und einer überschaubaren Zukunft.

preise haben die Staatskasse in kürzester Zeit gefüllt. Ab 21. August werde Moskau nicht länger „Kunde des Pariser Clubs“ der Gläubigerstaaten sein, hat Finanzminister Alexej Kudrin wissen lassen. Die verbliebenen 20,8 Milliarden Dollar Schulden aus Sowjetzeiten sollen mit einem Schlag vorzeitig zurückgezahlt werden.

Für die russischen Regierenden ist der Abschied vom Schuldnerdasein eine Genugtuung. Putins 2005 zurückgetretener Wirtschaftsberater Andrej Illarionow hingegen hält Russlands Fixierung auf die Rohstoff-Milliarden für fahrlässig.

Die Erfahrung zeige, so Illarionow, dass in Ländern wie Saudi-Arabien, Nigeria oder Venezuela, deren Sozialprodukt wesentlich durch Rohstoffexporte gespeist werde, die Masse der Bevölkerung verarme statt zu profitieren. Das als „Holländische Krankheit“ bezeichnete Phänomen, das nun auch Russland erfasst, bringt eine durch hohe Exporterlöse überbewertete Währung mit sich und beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit anderer Industrie-

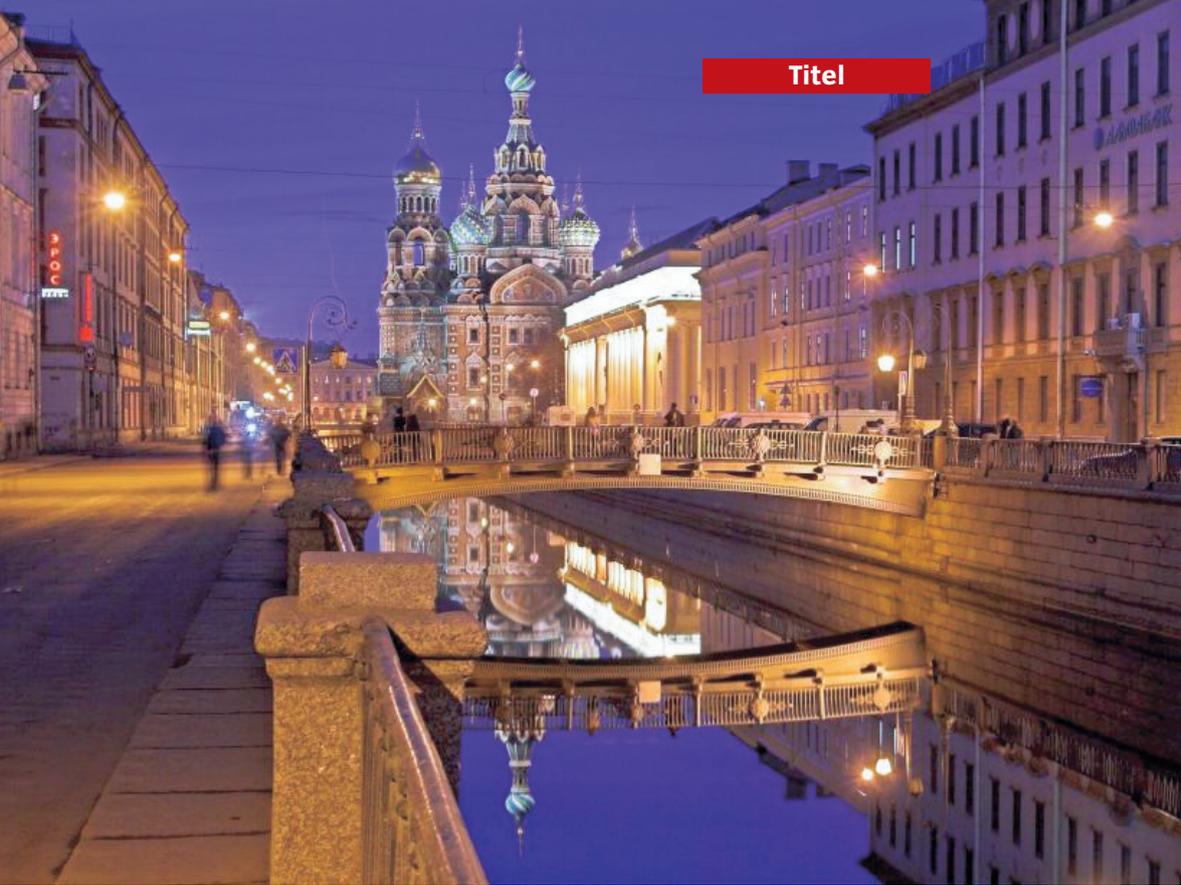


PHOTO: PRESS / VISUM

**Gipfeltort St. Petersburg:** Prunkvolle Kulisse für die Rückkehr zur Weltbühne

zweige, weil sie deren Absatz erschwert – die Holländer hatten das in den sechziger Jahren nach Entdeckung ihrer Erdgasvorkommen als Erste erlebt.

Tatsächlich kommt Russlands verarbeitende Industrie nur langsam voran. Und das, obwohl nach Aussagen des Weltbank-Experten Itzhak Goldberg russische Unternehmen grundsätzlich zu den innovativsten weltweit zählen. Von Kampfjets und Raketen, vereinzelt auch Software abgesehen, produziert das Riesenreich bis heute kaum exporttaugliche Güter.

Unter den maßgeblichen Kriterien für G-8-Mitglieder, sagt Ex-Putin-Berater Illarionow, erfülle sein Land bis heute nur eines – und meint die schiere Größe Russlands. Was hingegen den Wettbewerb angehe, den Kampf gegen Korruption oder den Schutz von Eigentum, habe Moskau im Führungszirkel der Weltwirtschaft nichts verloren.

Die Reformer in Russlands Regierung begnügen sich mit leisen Warnungen und innerer Emigration bei vollen Bezügen. Wirtschaftsminister Gref, der vor gut sechs Jahren antrat, um die Privatisierung im Land voranzutreiben, und der, von Putin zum Gegenteil gezwungen, dennoch im Amt blieb, sagt resignierend: „Jedes Monopol erzeugt Armut im Land.“

25 Millionen Russen leben unverändert unter dem Existenzminimum, das die explodierenden Kosten für Wohnung, öffentlichen Transport und vor allem Gesundheit noch nicht einmal berücksichtigt. Ausreichende kostenlose medizinische Versorgung ist in Russland nicht mehr gewährleistet. Bevorzugt behandelt wird, wer bar und unter der Hand bezahlt.

Russlands Männer sterben im Schnitt mit knapp 59 Jahren, die Einwohnerzahl verringert sich Jahr für Jahr um etwa 700 000 Menschen. Putin hat das Problem erkannt und den Kampf dagegen zur vorrangigen Aufgabe erhoben. Doch alle Versuche, dem Notstand mit milliarden-schweren „nationalen Projekten“ zu begegnen, scheitern am Bollwerk der russi-



### **Von Raketen abgesehen, produziert das Riesenreich bis heute kaum exporttaugliche Güter.**

schen Wirklichkeit – an der das Land durchwuchernden Korruption und einer unersättlichen Beamtenkaste.

Die Zahl der russischen Bürger, die angeblich, Bestechlichkeit sei unter Putin verbreiteter als zu Jelzins Zeiten, hat sich seit 2001 verdreifacht, sagt Georgij Satarow, Chef der Forschungsgruppe Indem. Einer Untersuchung der Russischen Akademie der Wissenschaften zufolge punktet Putin nur noch, wo es um Familienpolitik und regelmäßige Rentenzahlung geht.

Der Kampf gegen die Armut, betont Wirtschaftsminister Gref am Vorabend des G-8-Gipfels, sei die Nagelprobe für die Regierung: „Ohne dass wir dieses Problem angehen, ist es ausgeschlossen, von einem günstigen sozialen Klima im Land zu sprechen.“

**W**enn die Führer der mächtigsten Industrienationen der Welt am Samstag im Marmorsaal des Konstantinpalasts

von Petersburg zusammenkommen, dann wird auch die Frage nach den Umrissen des Spielfelds im Raum stehen, auf dem der Staat in Zeiten der Globalisierung mitmischen darf.

Der französische Staatschef Jacques Chirac wäre einer, der dann ein gutes Wort für Gastgeber Putin einlegen könnte. Weil auch in Frankreich gerade beschlossen wurde, die Privatisierung des nationalen Gaskonzerns (Gaz de France) zu verschieben. Und weil Frankreich ausweislich einer neuen Studie „das einzig industrialisierte Land ist, in dem die Marktwirtschaft nicht als gerecht und legitim empfunden wird“.

Aber ob die Kreml-Herren Beistand wünschen? „Die Wahl eines Modells zur Entwicklung von Volkswirtschaften sollte mit seiner Qualität zu tun haben und nicht damit, wer es vorgeschlagen hat“, verkündete Putins Vize-

Premier Medwedew kurz vor dem G-8-Gipfel mit Seitenhieb auf die US-Variante der freien Marktwirtschaft – ein Mann, der im Nebenberuf Aufsichtsratsvorsitzender von Gasprom ist.

Am Beispiel Gasprom demonstriert der Putin-Staat, wie er sich die weltweiten Handelsbeziehungen vorstellt. Dass der Rohstoffkonzern bis dato keinen unbeschränkten Zugang zu den lukrativen westeuropäischen Pipelines und Verteilernetzen erhält, wird in der Gasprom-Cheftage wie im Kreml vernehmlich beklagt. „Unfairer Wettbewerb auf den Weltmärkten“, sagt dazu Wladimir Putin.

Russland werde seine Ressourcen zu benutzen wissen, um seine Interessen zu schützen, gab er schmallippig zu Protokoll, als Ende Juni die Fusion des größten russischen Stahlproduzenten Sewerstal mit dem luxemburgischen Konzern Arcelor scheiterte. Von „antirussischen Ressentiments“ sprachen Moskauer Zeitungen und einer „Trübung“ des Verhältnisses vor dem G-8-Gipfel.

Putin selbst hatte da längst ein „Gesetz über die Bodenschätze“ durch die Staatsduma gebracht, das ausländische Investoren bei der Ausbeutung russischer Rohstoffvorkommen auf die Rolle von Minderheitsaktionären festlegt. Gleichzeitig gab er ein Verzeichnis „strategischer Unternehmen“ in Auftrag, das am Ende 39 statt der ursprünglich geplanten 17 Branchen einschließt – auch dies mit dem Ziel, Kernbereiche der russischen Wirtschaft vor fremdem Zugriff zu schützen.

Auf die Frage, ob künftig sogar Russlands Telekommunikation zum strategi-

schen Sektor erhoben werde, erlaubte sich Wirtschaftsminister Gref im Juni ein kurzfristiges Maximum an Sarkasmus. „Bloß nicht“, spottete er, die Telekommunikation zähle schließlich noch zu den wettbewerbsfähigeren Sparten: „Sobald wir sie ‚strategisch‘ nennen, ist es aus damit, und wir werden alle ohne Handy da-sitzen.“

Es geht nicht ohne Selbstironie ab, beim Versuch der marxistisch-leninistisch vorgebildeten Putin-Kamarilla, Russland auf dem Weltmarkt zu positionieren. Die Richtung aber ist vorgegeben – der Präsident

für russische Angelegenheiten zu interessieren“, urteilte der exil-russische Politologe Isaiah Berlin schon vor 60 Jahren; das slawische Volk neige in seiner Mehrheit wenn nicht zur Isolation, so doch zur „Insulation“ – also dazu, „sich vor dem Rest der Welt auf eine Insel zurückzuziehen“.

Isaiah Berlins Thesen werden von aktuellen Untersuchungen des Moskauer Lewada-Zentrums bekräftigt: Der Hang zu Isolationismus und Fremdenfeindlichkeit in der russischen Gesellschaft nehme beständig zu; die Zahl derer, die der Parole „Russland den Russen“ zustimmten, sei

immer darauf aus, zu zeigen, „welches Land wir sein werden“ (Boris Jelzin). Es musste tatenlos zusehen, wie die Nato auf dem Balkan intervenierte und ihr Bündnis bis weit in den Osten Europas vortrieb.

Seit dem Terroranschlag in den USA 2001 versucht Putin, Russland außenpolitisch wieder ins Spiel zu bringen. Er trat der weltweiten Anti-Terror-Allianz bei, unterstützte die Intervention in Afghanistan, akzeptierte die Eröffnung von US-Stützpunkten an Russlands Südgrenze in Zentralasien und legte sich selbst beim Irakkrieg nicht ernsthaft quer.



GRIGORY DUKOR / REUTERS

Armeeparade auf dem Roten Platz in Moskau (2005): Das früher wichtigste Symbol wird aufpoliert

versuche, „das Sowjetsystem, in dem er erzogen wurde, neu zu erschaffen“, urteilt die Politologin Nina Chruschtschowa, Urkelin des ehemaligen Partei- und Regierungschefs Nikita Chruschtschow.

Im Rahmen dieses Versuchs kann es dann vorkommen, dass amerikanische Hühnerbeine wegen angeblich zu laxer Hygienevorschriften zurückgewiesen werden und georgischer Wein aus ähnlichen Gründen nach Generationen erstmals aus den Sortimenten Moskauer Händler verschwindet.

Selbst wenn, wie angekündigt, die Amerikaner noch dieser Tage ihren Widerstand gegen den WTO-Beitritt Russlands aufgaben – die tiefergehenden Missverständnisse zwischen Moskau und seinen westlichen Partnern werden dadurch nicht sofort zu beseitigen sein: weil freie Wirtschaft in einem Staat ohne freie Gesellschaft nicht funktioniert.

Russland ist „bereit, internationale Beziehungen zu unterhalten, zieht es aber vor, andere Länder daran zu hindern, sich

von 43 Prozent im Jahr 1998 auf zuletzt 58 Prozent gestiegen – in einem Land, das Heimat von 160 Völkern und Ethnien ist.

In einer Zeit, da in Moskau erneut der Ruf nach dem eigenen, „russischen“ Weg ertönt, scheint Pragmatismus für westliche Staatsmänner das beste Mittel im Umgang mit dem Kreml zu sein. Zumal Russlands Anspruch, Großmacht zu sein, und die



### Der Hang zu Isolationismus und Fremdenfeindlichkeit nimmt beständig zu.

raue Wirklichkeit derzeit nirgendwo so kollieren wie in der Außenpolitik.

Konfrontative Rhetorik und kooperative Gesten, schülerhafte Anbiederung an den Westen und dumpfe Großmachtposen – all das gehörte in den letzten 15 Jahren zum russischen Diplomatenarsenal. Moskau war schwach und zu abhängig von westlicher Unterstützung und gerade deswegen

Honoriert hat der Westen, aus russischer Sicht, auch diesen Schwenk nicht. Als in Georgien, der Ukraine und Kirgisien die von den Amerikanern unterstützten „farbigen“ Revolutionen ausbrachen, unmittelbar vor Russlands Haustür, war der Tiefpunkt im weltpolitischen Selbstverständnis der Russen erreicht, empört schaltete Moskau auf Gegenangriff.

Irritiert muss die Bush-Regierung nun mit ansehen, wie Russland in den post-sowjetischen Staaten der GUS seinen Einfluss zurückgewinnt. Als Taschkent voriges Jahr die Amerikaner zum Verlassen Usbekistans aufforderte (sie hatten das Regime allzu offen kritisiert), bot Moskau den Mittelasiaten sofort einen eigenen Beistands- und Sicherheitspakt an.

Rivale China avancierte zu einem Amerika-Ersatz, gleich fünfmal traf Putin den Kollegen Hu Jintao vergangenes Jahr zum Gespräch. Er machte Hoffnung auf eine Ölpipeline wie die nach Japan geplante und wertete gemeinsam mit Hu die Shanghai-Gruppe auf, ein Bündnis, dem neben

Moskau und Peking vier zentralasiatische Länder angehörend sowie Indien, Pakistan, die Mongolei und Iran als Beobachter. Die Gruppe, von US-Experten bereits „Nato des Ostens“ getauft, kritisiert das amerikanische Vorgehen in Afghanistan – durchaus denkbar, dass Russland künftig am Hindukusch wieder mitmischen will.

Die russische Außenpolitik habe die Position der Schwäche gegen eine der Stärke getauscht, resümiert Politologin Trenin: „Postsowjetische Erniedrigung ist ein Ding der Vergangenheit, den russischen Führern gefällt das Spiel mit harten Bandagen.“

sischen Sonderrolle. Als die USA und Westeuropa nach Installation der Hamas-Regierung ihre Hilfszahlungen an die Palästinenser einstellten, bot Putins Außenminister Palästinenserpräsident Mahmud Abbas trotzig „wirtschaftliche Nothilfe“ an.

Iran wiederum wurde von Moskau noch 2004 als „strategischer Partner“ gefeiert, Teheran bastele keineswegs an der Atom-bombe, hieß es. Wenig später aber gab es scharfe Kritik an Präsident Ahmadinedschad, kurz darauf einen Deal mit ihm über den Kauf von Raketen – alles „einander völlig ausschließende Dinge“, wun-

Imperialismus lässt sich kein solides Staatswesen aufbauen“, meint Jutta Scherrer von der Pariser Ecole des hautes études en sciences sociales, eine der besten Russland-Kennerinnen. Und laut Liliya Schewzowa vom Moskauer Carnegie-Zentrum verdeckte Putins Strategie, Stabilität durch Machtkonzentration zu erreichen, nur die zahlreichen schwelenden Konflikte – die jetzige Kreml-Mannschaft sei gar nicht imstande, das Land zu modernisieren.

Die andere Schule setzt darauf, dass Russlands Renaissance unaufhaltsam weitergehen wird, es sind vor allem Ökono-



MARK RALSTON / AFP

**Gipfeltreffen der Shanghai-Gruppe\*:** „Den russischen Führern gefällt das Spiel mit harten Bandagen“

Er sieht auch voraus, wie es weitergeht: Der Kreml werde Weißrussland näher an sich heranziehen, den Einfluss in den rohstoffreichen Staaten am Kaspischen Meer ausbauen, auf einen Wechsel der ihm feindlich gesinnten Regierungen in Georgien und Moldau setzen sowie darauf, dass die Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato verhindert werden kann.

Westliche Kritik an Moskaus außenpolitischer Offensive verunsichert die Putin-Mannschaft längst nicht mehr, im Gegenteil, sie fühlt sich dadurch geradezu bestätigt: Die Aufregung rühre daher, dass Russland „begonnen hat, eine eigenständige Politik zu betreiben“, freut sich Michail Margelow, Chef des außenpolitischen Ausschusses im Oberhaus.

Nur beschränkt sich diese Eigenständigkeit oft aufs sture Hervorkehren der rus-

sert sich Russland-Experte Ariel Cohen von der Washingtoner Heritage Stiftung.

Neue, alte Großmacht Russland? Der Kreml hat in St. Petersburg eine prunkvolle Kulisse für die Rückkehr auf die Weltbühne aufgebaut. Bei Deutschen und Franzosen mag sie ihre Wirkung tun; die Amerikaner aber sind kaum geneigt, dem wiedererstarkten Reich zu huldigen.

Der Streit darum, ob Russland seine Weltmachtposition zurückgewonnen hat, spaltet Politiker wie Fachleute. Jene, die das Reich im Osten noch immer für einen Koloss auf tönernen Füßen halten, haben triftige Argumente: Das Bruttoinlandsprodukt liegt in der Weltrangliste an 14. Stelle, hinter dem Indiens und Mexikos; pro Kopf gerechnet rangiert das Land gar im Bereich der Schwellenländer. Putins politisches System ist lediglich für Weißrussen, Usbeken oder Turkmenen attraktiv, niemand kauft russische Computer oder Autos oder begeistert sich für einen Russian Way of Life.

„Allein auf einem nationalen Isolatismus und nach außen gekehrten Petro-

men. Das russische Wirtschaftswachstum bleibe anhaltend hoch, glauben die besonders optimistischen unter ihnen – bei möglicherweise fünf bis sieben Prozent pro Jahr bis 2015.

Unbestritten ist, dass die energiehungrige Welt in 15 Jahren 105 Millionen Barrel Öl pro Tag verbrauchen wird – über ein Fünftel mehr als heute. Die Öl- und Gaslager zwischen Ostsee und Pazifik könnten künftig also tatsächlich Russlands größtes Machtmittel sein. So etwas wie die neuen strategischen Waffen des 21. Jahrhunderts.

Henry Kissinger, früherer amerikanischer Außenminister, Friedensnobelpreisträger und mit 83 Jahren noch immer weltweit als Politik-Guru gefragt, war Anfang Juni wieder mal privatissime bei Kreml-Chef Putin zu Gast. „Es wäre falsch, Russland wie einen Feind zu behandeln“, warnt der alte Weltendenker: Die Russen seien wieder eine Macht. Wie zur „Zeit Peters des Großen“.

WALTER MAYR, CHRISTIAN NEEF

\* Im Juni in Shanghai mit den Präsidenten Wladimir Putin, Nursultan Nasarbajew (Kasachstan), Hu Jintao (China), Kurmanbek Bakijew (Kirgisien), Emomali Rakhmonow (Tadschikistan), Mahmud Ahmadinedschad (Iran) und Pervez Musharraf (Pakistan).